Deutscher Bundestag **Drucksache 18/780**

18. Wahlperiode 12.03.2014

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/656 –

Gute Löhne für einen guten öffentlichen Dienst

Vorbemerkung der Fragesteller

Im März 2014 startet die Tarifrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen. Das betrifft knapp die Hälfte der über vier Millionen Menschen, die insgesamt in Deutschland im öffentlichen Dienst arbeiten. Zum öffentlichen Dienst gehören die Bürger- und Finanzämter ebenso wie Kindertagesstätten, die Jugendhilfe, Krankenhäuser als auch Nahverkehr, Müllentsorgung, die Feuerwehr, das kommunale Wohnungswesen und vieles mehr. Die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, der eine flächendeckende Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Dienstleistungen garantiert. Insbesondere gegenüber einem weiteren Abbau staatlicher Dienstleistungen und Privatisierungen gibt es eine große Skepsis. Jede bzw. jeder Vierte fordert sogar, privatisierte Leistungen in den öffentlichen Dienst zurück zu übertragen („Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2013“).

Zu einem guten öffentlichen Dienst gehört auch eine entsprechende Entlohnung der Beschäftigten. Infolge der Sparpolitik der letzten Jahre wurden nicht nur die öffentlichen Dienstleistungen eingeschränkt und ihre Qualität verschlechtert. Die Beschäftigten wurden auch durch Stellenabbau mit einer steigenden Arbeitsbelastung konfrontiert. 44 Prozent der öffentlich Beschäftigten sagen, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben. Die Gewerkschaft ver.di beklagt, dass die Lohn- und Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst der allgemeinen Entwicklung hinterherhinkt. Unter dem Motto „Wir sind es wert“ fordert sie in der diesjährigen Tarifrunde eine Einkommenserhöhung durch einen Sockelbetrag von 100 Euro plus 3,5 Prozent und will damit vor allem die unteren Verdienstgruppen stärken.

Bei der Tarifrunde im öffentlichen Dienst geht es nicht zuletzt um die Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Arbeitgeber aus Bund und Kommunen haben bereits vor Beginn der Verhandlungen am 13. März 2014 öffentliche Kritik an der Forderung geäußert. Der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, bezeichnete die Forderung als „maßlos überzogen“, die kommunalen Arbeitgeber drohen mit einer Privatisierung der einfachen Tätigkeiten.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 11. März 2014 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

In der Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber ist die Bundesregierung ein wesentlicher Akteur und kann auf die Tarifrunde Einfluss nehmen. Statt die oftmals schwierige Finanzlage der öffentlichen Haushalte auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen, wäre es der Bundesregierung möglich, die öffentlichen Finanzen von der Einnahmeseite her zu stärken, etwa durch eine höhere Besteuerung von Vermögen und Unternehmen sowie die stärkere Ahndung von Steuerflucht und -hinterziehung. Die Gewerkschaft ver.di hat mit dem Konzept „Steuergerechtigkeit" Vorschläge vorgelegt, mit dem sich jährlich über 80 Mrd. Euro Mehreinnahmen erzielen lassen würden.

(Soweit im Folgenden keine direkten statistischen Angaben zum öffentlichen Dienst vorliegen, bitte Angaben für entsprechende Branchen bzw. angrenzende Branchen heranziehen.)

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass der öffentliche Dienst in Deutschland dank seiner bewährten Strukturen und seiner qualifizierten Beschäftigten wettbewerbs- und leistungsfähig und damit ein Stützpfeiler für Deutschlands Position als eine der führenden Wirtschaftsnationen ist. Vorrangige Aufgabe der Bundesregierung ist es, auch in Zukunft starke Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst bereit zu halten. Die Arbeit im öffentlichen Dienst fordert Verantwortung von jedem Beschäftigten. Sie verdient ein faires und gerechtes Bezahlsystem mit Beschäftigungsbedingungen, die den Mitarbeitern ein flexibles, familienorientiertes und gesundes Arbeiten ermöglichen. Die öffentlichen Arbeitgeber sind mit Blick auf die demografischen Entwicklungen herausgefordert, sich im Wettbewerb um qualifizierte Beschäftigte als attraktive Arbeitgeber zu positionieren, damit die Fachkräftebasis im öffentlichen Dienst gesichert bleibt. Gleichzeitig sind sie angesichts der Belastungen der öffentlichen Haushalte aber auch den Bürgern verpflichtet, sorgsam mit ihren finanziellen Ressourcen umzugehen. In diesem Spannungsfeld trägt die Bundesregierung als öffentlicher Arbeitgeber und als Tarifpartner ein hohes Maß an Verantwortung für einen fairen und generationengerechten Ausgleich der Interessen.

Nicht für alle Inhalte der Fragen liegen Erkenntnisse für den öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Kommunen insgesamt vor. Daher wird auf Folgendes hingewiesen:

Das Statistische Bundesamt führt eine Personalstandstatistik bezüglich des Personals des öffentlichen Dienstes. Soweit für einzelne Fragen in dieser Personalstandstatistik keine Auswertungen zur Verfügung stehen, werden in den Antworten die in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ermittelbaren Angaben für die unmittelbare Bundesverwaltung gemacht.

Im Zusammenhang mit den anstehenden Tarifverhandlungen von Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) mit den Gewerkschaften ist zu berücksichtigen, dass der kommunale Bereich in der Personalstandstatistik nicht deckungsgleich ist mit dem Bereich der Beschäftigten, für die von der VKA abgeschlossene Tarifverträge gelten.

Das Statistische Bundesamt erhebt Daten zu Verdienststatistiken sowie Angaben zum Arbeitsmarkt orientiert an der Klassifikation der Wirtschaftszweige. Der öffentliche Dienst wird dabei nicht separat erfasst. In den Antworten wird deshalb insbesondere der Wirtschaftszweig O („Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung") als dem öffentlichen Dienst sachnächster Wirtschaftszweig herangezogen. Dieser ist aber nicht deckungsgleich mit den in die Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst einbezogenen Bereichen. Er ist ebenfalls nicht deckungsgleich mit dem Kreis der Beschäftigten, für die in den anstehenden Tarifverhandlungen von Bund und VKA verhandelt wird.

1. Wie schätzt die Bundesregierung die derzeitige Qualität des öffentlichen Dienstes ein, und welche Rolle spielt dabei nach ihrer Ansicht die Arbeit der dort Beschäftigten?

Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln vom Oktober 2012 nimmt Deutschland den fünften Platz der besten Industrienationen der Welt ein. Bei diesem Standortranking wird Deutschland für die Kriterien „Ordnungsrahmen, Bürokratie und Rechtssicherheit“, also für eine gute Verwaltung sogar der zweite bzw. dritte Platz unter 15 Kriterien zugeordnet. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

2. Wie kann nach Ansicht der Bundesregierung die Qualität öffentlicher Dienstleistungen verbessert werden?

Öffentlichen Dienstleistungen in Deutschland kommt hohe Qualität zu. Insoweit wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Die Aufrechterhaltung und weitere Steigerung der hohen Qualität der Leistungen des öffentlichen Dienstes hat für die Bundesregierung zentrale Bedeutung.

Die Rahmenbedingungen für die Verwaltung sind dabei zunehmend geprägt von knapper werdenden Ressourcen, dem demografischen Wandel, einer beschleunigten technologischen Entwicklung und sich wandelnden Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger wie auch der Unternehmen an Staat und Verwaltung. Dies verlangt zum einen eine noch stärkere Orientierung der staatlichen Dienstleistungen am konkreten Bedarf der Bürger. Zum anderen erfordert diese Entwicklung auch eine optimale Nutzung der individuellen Potenziale der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Diese Basis guter Verwaltungstätigkeit war bereits in den vorangegangenen Legislaturperioden Ziel der Verwaltungsmodernisierung. Zu nennen sind hier etwa die Vorhaben „Demografiesensibles Personalmanagement“, die einheitliche Behördennummer 115, das Geoportal und der Aufbau des Pilotbetriebes von „GovData – Das Datenportal für Deutschland“ bis hin zur Etablierung eines umfassenden Qualitätsmanagements. Hier gilt es, die bisherigen Anstrengungen passgenau fortzusetzen. Über den Sachstand zum Ende der letzten Legislaturperiode informiert die Internetseite www.verwaltung-innovativ.de.

Gerade die Bedeutung und Rolle der Informationstechnik für eine gute Dienstleistung ist im Internetzeitalter rasant gewachsen. Hier erwarten die Bürger von der Verwaltung, dass sie ihre Dienstleistungen weiterhin auf qualitativ hohem Niveau erbringt und auch über elektronische Wege erreichbar ist. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung im Programm „Digitale Verwaltung 2020“ als Schwerpunkt der Verwaltungsmodernisierung die Schritte zur Digitalisierung der Bundesverwaltung koordinieren und zusammenführen; dies soll im engen Schulterschluss mit den für den Verwaltungsvollzug weithin zuständigen Ländern und Kommunen geschehen. An den Lebens- und Unternehmenslagen orientierte, durchgängige und medienbruchfreie staatliche Verwaltungsleistungen für Bürger und Unternehmen sind das Ziel.

3. Welche Auswirkungen hatten nach Ansicht der Bundesregierung die bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen auf die Qualität, die personelle Ausstattung des öffentlichen Dienstes und auf die dortigen Arbeitsbedingungen?

   Wie wird sich diesbezüglich nach Einschätzung der Bundesregierung die Schuldenbremse bei Bund und Ländern auf die Kommunalhaushalte auswirken, und welcher Konsolidierungsdruck geht von dieser aus?

Der öffentliche Dienst hat in den vergangenen Jahren – insbesondere durch Abbau von Stellen und Leistungskürzungen im Bereich der Besoldung und Versorgung – einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet. Eine erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist und bleibt Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Staates.

Unter diesen Rahmenbedingungen unternimmt die Bundesregierung alle Anstrengungen, um eine aufgabengerechte Personalausstattung und damit die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Bund zu sichern. Dadurch konnte im Jahr 2013 nach Jahren der pauschalen Stellenkürzung und der Umsetzung struktureller Reformen ein Stopp des weiteren pauschalen Stellenabbaus für die Bundesverwaltung erreicht werden. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

Die Schuldenbremse auf Bundesebene bezieht die Kommunen nicht ein. Die Gestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen liegt in der alleinigen Zuständigkeit der Länder. Sie haben dafür Sorge zu tragen, dass eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen unter Berücksichtigung von Konsolidierungsnotwendigkeiten gewährleistet ist.

4. Wie hat sich von 1991 bis 2013 nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst entwickelt (bitte jährliche Angaben insgesamt und nach Bundesbereich, Landesbereich, kommunalen Bereich, Sozialversicherung aufgliedern)?

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen ergibt sich aus der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamts für den öffentlichen Dienst (Stand: 30. Juni 2012) und ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr (Stichtag)	Insgesamt	Bundes-bereich[1]	Bundes-eisenbahn-vermögen[2]	Deutsche Bundes-post[3]	Landes-bereich	kommu-naler Bereich	Sozial-versiche-rung[4,5]
	1000						
30.06.1991	6 737,8	652,8	473,8	663,5	2 574,8	2 051,4	321,5
30.06.1992	6 657,2	625,5	433,9	641,5	2 534,2	2 073,5	348,5
30.06.1993	6 502,7	624,2	417,7	636,8	2 518,6	1 946,8	358,6
30.06.1994	6 094,3	597,4	128,5	605,0	2 528,1	1 873,3	362,0
30.06.1995	5 371,0	569,4	119,8	–	2 516,2	1 801,5	364,0
30.06.1996	5 276,5	555,9	111,6	–	2 504,0	1 739,3	365,7
30.06.1997	5 163,8	548,3	101,6	–	2 476,9	1 683,3	353,6
30.06.1998	5 068,6	537,7	91,7	–	2 441,7	1 648,5	349,1
30.06.1999	4 969,4	532,3	78,4	–	2 399,5	1 609,7	349,4
30.06.2000	4 908,9	524,1	73,6	–	2 390,7	1 572,0	348,6
30.06.2001	4 820,8	516,5	66,4	–	2 352,0	1 535,7	350,2
30.06.2002	4 809,1	512,1	62,1	–	2 369,4	1 512,7	352,8
30.06.2003	4 779,4	515,1	57,9	–	2 373,0	1 479,9	353,4
30.06.2004	4 669,9	514,3	55,0	–	2 347,5	1 410,3	342,7
30.06.200[6)]	4 599,4	509,9	51,0	–	2 298,1	1 373,0	367,4
30.06.2006	4 576,0	505,3	49,6	–	2 287,1	1 358,2	375,8
30.06.2007	4 540,6	502,1	48,4	–	2 273,1	1 341,2	375,7
30.06.2008	4 505,1	489,6	46,9	–	2 262,8	1 331,4	374,4
30.06.2009	4 547,6	487,9	46,0	–	2 284,1	1 350,2	379,3
30.06.2010	4 586,1	485,5	44,8	–	2 317,8	1 355,2	382,8
30.06.2011	4 602,9	481,1	43,6	–	2 337,0	1 367,2	374,1
30.06.2012	4 617,4	471,8	42,1	–	2 346,5	1 386,1	370,8

1 Ohne Bahn und Post. Vor 1993 ohne Bundesbank und andere rechtlich selbstständige öffentlich rechtliche Einrichtungen (1993: 21 378 Beschäftigte).
2 Bis 1993 Deutsche Bundes-/Reichsbahn.
3 Ab 1995 durch Privatisierung aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden.
4 Einschließlich Bundesagentur für Arbeit.
5 Erhöhte Zunahme in der Sozialversicherung durch die erstmalige Erfassung aller Betriebskrankenkassen.

5. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in diesem Zeitraum die Stellen nach Voll- und Teilzeit entwickelt (bitte jährliche Angaben auch nach Geschlecht aufgliedern)?

Die Angaben zu den Voll- und Teilzeitbeschäftigten ergeben sich aus der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamts für den öffentlichen Dienst (Stand: 30. Juni 2012) und sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Die Personalstandstatistik enthält bezüglich dieser Daten keine Aufschlüsselung nach dem Geschlecht.

Jahr (Stichtag)	Insgesamt		Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozial-versicherung[1,2]	
	1 000									
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
30.6.2000	3 697,0	1 211,8	555,2	42,5	1 804,8	585,9	1 066,0	506,0	271,1	77,4
30.6.2001	3 582,4	1 238,4	537,2	45,6	1 751,8	600,2	1 024,0	511,8	269,4	80,8
30.6.2002	3 520,9	1 288,2	524,1	50,2	1 735,6	633,7	996,1	516,6	265,1	87,7
30.6.2003	3 439,0	1 340,4	515,4	57,6	1 713,9	659,2	953,2	526,8	256,5	96,9
30.6.2004	3 327,1	1 342,8	508,0	61,4	1 674,7	672,8	900,5	509,9	244,0	98,7
30.6.2005	3 237,7	1 361,7	496,0	64,9	1 610,4	687,7	871,5	501,5	259,9	107,6
30.6.2006	3 194,7	1 381,3	487,2	67,7	1 588,3	698,8	855,2	503,0	264,1	111,7
30.6.2007	3 143,7	1 396,9	482,0	68,6	1 563,2	709,9	837,8	503,5	260,7	115,0
30.6.2008	3 105,7	1 399,3	469,1	67,5	1 552,8	710,0	827,2	504,2	256,7	117,7
30.6.2009	3 121,0	1 426,6	466,1	67,8	1 562,3	721,8	834,3	515,9	258,2	121,1
30.6.2010	3 106,7	1 479,4	461,2	69,1	1 567,5	750,3	819,6	535,7	258,4	124,4
30.6.2011	3 119,4	1 483,5	457,7	67,0	1 583,9	753,1	827,5	539,7	250,3	123,7
30.6.2012	3 119,9	1 497,5	449,4	64,5	1 582,7	763,9	840,7	545,4	247,2	123,7

1 Einschließlich Bundesagentur für Arbeit. – Erhöhte Zunahme 2005 durch die erstmalige Erfassung der Betriebskrankenkassen.
2 Einschließlich Dienstordnungsangestellte in der Sozialversicherung.

6. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung in diesem Zeitraum die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach Vollzeitäquivalenten entwickelt (bitte jährliche Angaben nach insgesamt, Bundesbereich, Landesbereich, kommunalen Bereich, Sozialversicherung aufgliedern)?

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nach Vollzeitäquivalenten ergibt sich aus der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamts (Stand: 30. Juni 2012) für den öffentlichen Dienst und ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr (Stichtag)	Insgesamt	Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich	Sozialversicherung[1,2]
	1 000				
30.6.2000	4 438,8	578,7	2 170,2	1 371,2	318,7
30.6.2001	4 333,2	562,4	2 122,0	1 330,6	318,2
30.6.2002	4 292,1	551,7	2 120,8	1 301,3	318,4
30.6.2003	4 237,9	547,1	2 110,5	1 264,4	315,9
30.6.2004	4 111,1	541,2	2 071,1	1 195,2	303,6
30.6.2005	4 030,4	531,2	2 015,1	1 159,7	324,5
30.6.2006	3 995,7	523,6	1 996,6	1 145,6	329,9
30.6.2007	3 956,1	519,5	1 978,6	1 129,1	329,0
30.6.2008	3 921,9	506,3	1 966,8	1 121,4	327,4
30.6.2009	3 953,8	504,0	1 981,4	1 136,4	331,8
30.6.2010	3 973,6	500,3	2 006,9	1 132,2	334,3
30.6.2011	4 001,5	496,3	2 031,6	1 146,3	327,2
30.6.2012	4 026,2	487,3	2 046,3	1 167,4	325,1

1 Einschließlich Bundesagentur für Arbeit. – Erhöhte Zunahme 2005 durch die erstmalige Erfassung der Betriebskrankenkassen.
2 Einschließlich Dienstordnungsangestellte in der Sozialversicherung.

7. Wie gestaltet sich im öffentlichen Dienst nach Kenntnis der Bundesregierung in den kommenden Jahren die Personalplanung, und wie hoch ist die Zahl und der Anteil der Beschäftigten, die bis zum Jahr 2020 und bis zum Jahr 2030 aus dem Dienst altersbedingt ausscheiden?

Aussagen zur Personalplanung der Länder, Kommunen und der Sozialversicherungen können nicht getroffen werden. Für die Personalplanungen des Bundes in den kommenden Jahren sind ebenfalls keine Angaben auf der Grundlage valider Daten möglich, da diese von mehreren, zum Teil nur schwer bestimmbaren Faktoren abhängig sind. Ein nur ungenau messbarer Faktor ist beispielsweise die sich stets im Wandel befindliche politische und gesellschaftliche Schwerpunktsetzung bei der Erledigung der staatlich zugewiesen Aufgaben. Diese aber bestimmen den Personalbedarf, der sich wiederum im jährlich festgelegten Stellenhaushalt widerspiegelt, erheblich mit. Um mit Blick auf die Altersabgänge der kommenden Jahre eine aufgabengerechte und passgenaue Personalausstattung zu erreichen – vgl. hierzu auch die Antwort zu Frage 3 – verfolgt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Demografiestrategie das Ziel,

die Personalbedarfe des Bundes auf der Basis von Altersstruktur- und Personalbedarfsanalysen zu bestimmen.

Ausgehend von der Altersstruktur aus der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes (Stand: 30. Juni 2012) und eines Ruhestandseintritts mit 65 Jahren kann prognostiziert werden, wie viele Beschäftigte bis 2020 bzw. 2030 altersbedingt ausscheiden werden. Die sich daraus ergebende Prognose ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

	Insgesamt	Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich	Sozialversicherung[1,2]
	1 000				
2020	824,0	68,6	458,6	243,0	53,7
2030	2 247,0	208,6	1 135,4	732,9	170,2
	Anteil an den Gesamtbeschäftigten (in %)				
2020	17,8	13,3	19,5	17,5	14,5
2030	48,7	40,6	48,4	52,9	45,9

1 Einschließlich Bundesagentur für Arbeit.
2 Einschließlich Dienstordnungsangestellte in der Sozialversicherung.

8. Wie hat sich seit dem Jahr 2008 bis 2013 nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Auszubildenden und die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst entwickelt?

   Wie unterscheidet sich die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst zur Gesamtwirtschaft?

   Welche Ausbildungsleistung ist für die Zukunft vorgesehen (bitte jeweils konkrete Zahlen nennen)?

Die Zahl der Auszubildenden im öffentlichen Dienst wird in der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes erhoben. Zum Personal in Ausbildung zählen neben Auszubildenden in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) sowie in Berufen des Gesundheitswesens auch Beamte im Vorbereitungsdienst sowie Personen mit einem Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums. Die Anzahl des Personals in Ausbildung nach dieser Definition ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen (Stichtag 30. Juni). Für das Berichtsjahr 2013 können noch keine Angaben gemacht werden, da noch keine Auswertung vorliegt.

Stichtag 30. Juni	Personal in Ausbildung im öffentlichen Dienst insgesamt
2008	192 900
2009	197 268
2010	202 403
2011	207 297
2012	206 939

Quelle: Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes

Für die Ausbildungsquote des öffentlichen Dienstes, die im Rahmen des Datenreports zum Berufsbildungsbericht ermittelt wird, werden nur Auszubildende in Ausbildungsberufen nach BBiG, HwO sowie in Berufen des Gesundheitswesens berücksichtigt (Stichtag: 30. Juni):

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte des öffentlichen Dienstes			
Stichtag 30. Juni	Auszubildende[1]	Vollzeitäquivalent	Ausbildungs-quote in %
2008	83 144	2 193 761	3,8
2009	82 761	2 222 703	3,7
2010	80 895	2 235 848	3,6
2011	80 998	2 252 433	3,6
2012	78 096	2 277 684	3,4

Quelle: Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes
1 ohne Beamte im Vorbereitungsdienst und Ausbildung im Rahmen eines Hochschulstudiums.

Zu berücksichtigen ist, dass die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes aufgrund des Erhebungsstichtags der Personalstandstatistik zum 30. Juni nicht vollständig wiedergegeben wird. Zu diesem Stichtag können bereits ganze Ausbildungsjahrgänge die Ausbildung beendet haben, während neue Ausbildungsjahrgänge erst zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres die Ausbildung antreten.

Für die Gesamtwirtschaft sind in der nachfolgenden Übersicht die Zahlen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für die Jahre 2008 bis 2012 angegeben.

Als Auszubildende werden Personen in einem Berufsausbildungsverhältnis erfasst, die einen anerkannten Ausbildungsberuf nach BBiG bzw. HwO erlernen. Erhebungsstichtag ist der 31. Dezember. Auch hier liegt für das Berichtsjahr 2013 noch keine Auswertung vor.

Stichtag 31.12.	Auszubildende	Beschäftigte	Ausbildungs-quote in %
2008	1 813 644	27 632 286	6,6
2009	1 775 384	27 487 548	6,5
2010	1 693 978	28 033 420	6,0
2011	1 642 042	28 787 490	5,7
2012	1 640 634	29 142 661	5,6

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Aufgrund des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs (Ausbildungspakt), der 2004 zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft geschlossen wurde, bildet die Bundesverwaltung in den Ausbildungsberufen nach BBiG und HwO seitdem über den eigenen Bedarf hinausgehend aus. Mit einer Ausbildungsquote von stets über 7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Erhebungsstichtag: 15. Oktober) hat die Bundesregierung ihre im Ausbildungspakt gegebene Zusage erfüllt. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, dass dies auch im Jahr 2014 – dem letzten

Jahr des bestehenden Ausbildungspakts – gelingen wird; ausgehend von den angebotenen Ausbildungsplätzen ist eine Ausbildungsquote von ca. 7,2 Prozent zu erwarten. Erkenntnisse über die in Ländern und Kommunen vorgesehene Ausbildungsleistung liegen der Bundesregierung nicht vor.

Die Bundesregierung hält sich an die Vereinbarung des Koalitionsvertrages, nach dem vorgesehen ist, den Ausbildungspakt gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Ländern zur „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiterzuentwickeln. Die Behörden des Bundes werden ihre Verpflichtungen aus dieser Allianz ebenso verantwortungsvoll erfüllen.

9. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung von 1991 bis 2013 der Anteil der Personalkosten am Gesamthaushalt des öffentlichen Dienstes entwickelt (bitte auch jährliche Angaben)?

Der Anteil der Personalausgaben an den Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalt (Bund, Länder, Gemeinden) ist relativ stabil seit der Wiedervereinigung. Er lag bei 28 Prozent im Jahr 2012.

Anteil der Personalausgaben am Öffentlichen Gesamthaushalt (Gebietskörperschaften)

Jahre	Anteil (%)	Jahre	Anteil (%)	Jahre	Anteil (%)
1991	30,1	2001	28,0	2011	27,3
1992	30,1	2002	28,1	2012	28,0
1993	30,0	2003	28,1	2013*	28,3
1994	30,5	2004	28,2		
1995	30,5	2005	27,2		
1996	31,0	2006	27,2		
1997	29,0	2007	27,0		
1998	28,6	2008	26,3		
1999	28,1	2009	25,9		
2000	28,1	2010	26,3		

Quelle: Statistisches Bundesamt
1991 bis 2011: Rechnungsergebnisse; 2012: Kassenergebnis
* Herbstschätzung (Bundesministerium der Finanzen)

10. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über gestiegene Arbeitsbelastungen und die Zunahme von arbeitsbedingtem Stress im öffentlichen Dienst vor, und gibt es bestimmte Arbeitsbelastungen, die in einem besonderen Ausmaß auftreten?

Die Bundesregierung hat im Stressreport Deutschland 2012 einen Überblick zu psychischer Belastung, Ressourcen, Stress und Gesundheit erstellt, der auch Aussagen von Beschäftigten aus dem Wirtschaftszweig „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungen“ enthält.[1] Die Frage, ob in den

[1] Stressreport Deutschland 2012, Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden; Dortmund/Berlin/Dresden 2012.

letzten zwei Jahren eine arbeitsbedingte Stresszunahme stattgefunden habe, beantworteten 46 Prozent dieser Befragten mit ja (alle Wirtschaftszweige 43 Prozent).

Im Allgemeinen finden sich bei den psychischen Anforderungen und den Ressourcen im Vergleich zwischen öffentlichem Dienst und anderen Branchen kaum Unterschiede. Bei gesundheitlichen Beschwerden gibt es insgesamt nur geringe Unterschiede zu anderen Branchen, allerdings wird etwas häufiger von Emotionaler Erschöpfung berichtet.

11. In welchem Zusammenhang stehen nach Auffassung der Bundesregierung mögliche Arbeitsbelastungen und Stress mit personeller Unterausstattung?

Einen Zusammenhang zwischen personeller Unterausstattung im öffentlichen Dienst und Stress kann aus dem Stressreport nicht abgeleitet werden. Dennoch liegt der Zusammenhang nahe und war für die Bundesregierung ein Grund, den pauschalen Stellenabbau in den Bundesverwaltungen in 2013 zu stoppen.

12. Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung im öffentlichen Dienst die Krankenstandsrate verglichen mit der Gesamtwirtschaft und anderen Branchen dar?

    Ist bekannt, in welchem Ausmaß die Erkrankungen auf psychische Belastungen zurückgehen?

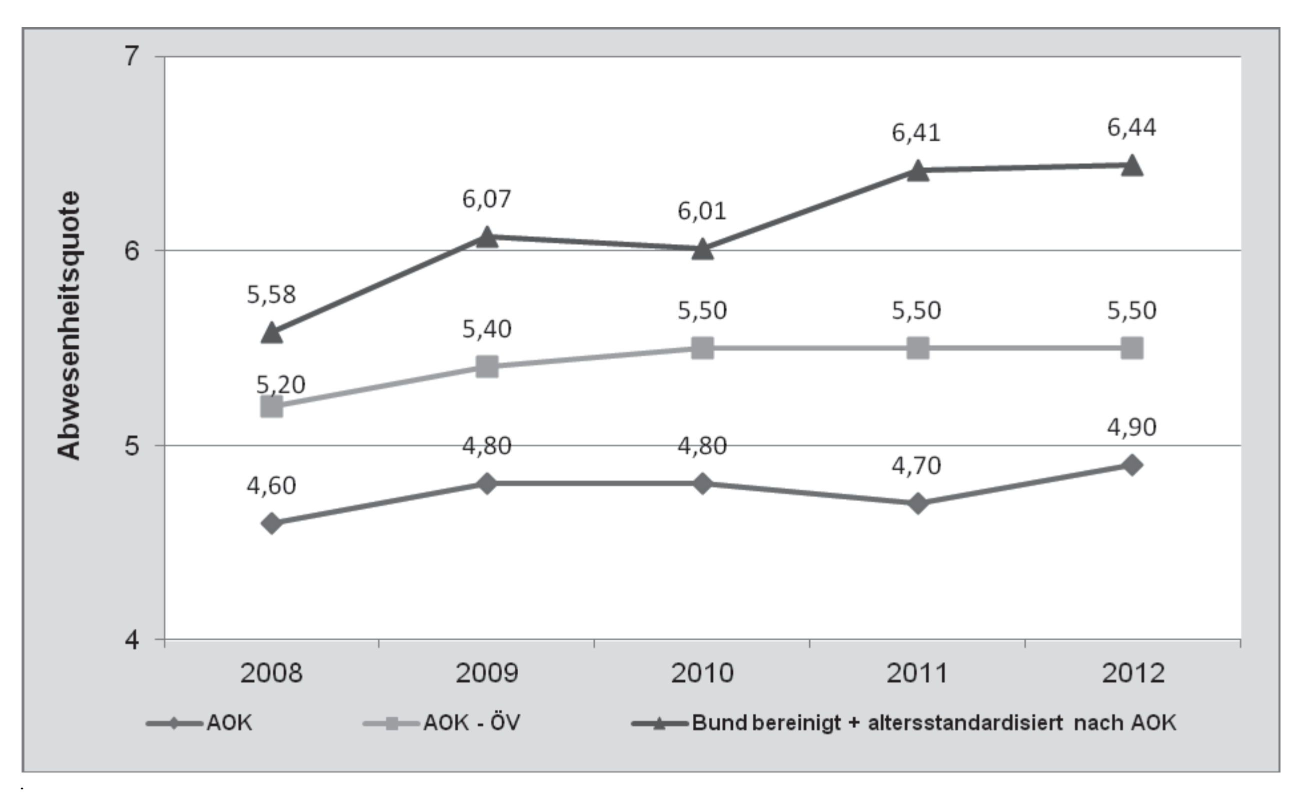
Die Bundesregierung führt im jährlichen Gesundheitsförderungsbericht [2] für die unmittelbare Bundesverwaltung einen Vergleich mit der größten Erhebung in der Privatwirtschaft, der sogenannten AOK Fehlzeitenstatistik[3], durch. Die Entwicklung der Abwesenheitsquote der Beschäftigten in der unmittelbaren Bundesverwaltung verglichen mit den erwerbstätigen AOK-Versicherten (inkl. Bereich der Öffentlichen Verwaltung/Sozialversicherung) von 2008 bis 2012 ist der nachfolgenden Grafik zu entnehmen. Die AOK-Daten werden vom Wissenschaftlichen Institut der AOK (WIdO) erhoben und ausgewertet. Für die Beschäftigten der Länder und Kommunen liegen der Bundesregierung keine Zahlen vor.

Die Vergleichbarkeit der Abwesenheitsquoten ist allerdings aufgrund unterschiedlicher Erhebungssystematik und der unterschiedlichen Personalstruktur stark begrenzt. Bekannte Abhängigkeiten, wie Alter, Geschlecht und Tätigkeit führen strukturbedingt zu Verzerrungen. Insbesondere gilt, dass ältere Menschen gegenüber Jüngeren zumeist längere zusammenhängende Arbeitsunfähigkeitszeiten und mehr Krankheitstage insgesamt aufweisen. Laut der Erhebung des Statistischen Bundesamtes zum Personalbestand (Stichtag: 30. Juni 2012) waren 59,7 Prozent der Beschäftigten der unmittelbaren Bundesverwaltung im Jahr 2012 älter als 45 Jahre. In der übrigen Erwerbsbevölkerung in Deutschland liegt der Anteil der über 45-Jährigen lediglich bei 44,6 Prozent. Damit ist die Altersgruppe der über 45-Jährigen im Bundesdienst um ungefähr ein Viertel größer als in der gesamten Erwerbsbevölkerung. Die 25- bis 44-Jährigen, die in der gesamten Erwerbsbevölkerung mit 43,1 Prozent die stärkste Altersgruppe bilden, machen dagegen im Bundesdienst nur 33,6 Prozent aus.

---

[2] Gesundheitsförderungsbericht 2012 der unmittelbaren Bundesverwaltung; Berlin 2013.

[3] Badura/Ducki/Schröder/Klose/Meyer (Hrsg.), Fehlzeiten-Report 2013; Verdammt zum Erfolg – die süchtige Arbeitsgesellschaft?; Berlin 2013.



Entwicklung der Abwesenheitsquote* der Beschäftigten der unmittelbaren Bundesverwaltung und der erwerbstätigen AOK-Versicherten (inkl. Bereich der Öffentlichen Verwaltung/Sozialversicherung) von 2008 bis 2012 in Prozent

* Abwesenheitstage in Prozent der Arbeitstage bzw. Kalendertage eines Jahres

13. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der im öffentlichen Dienst geleisteten Überstunden (bitte konkrete relative und absolute Zahlen im Zeitverlauf insgesamt sowie für Bund, Länder, Kommunen nennen)?

Zu der Entwicklung oder der Anzahl von Überstunden, die im öffentlichen Dienst in Bund, Ländern und Kommunen geleistet wurden bzw. werden, sind der Bundesregierung keine Angaben möglich.

Überstunden, die von Tarifbeschäftigten des Bundes im Sinne des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst geleistet werden bzw. angeordnete Mehrarbeit für Beamte des Bundes nach § 88 des Bundesbeamtengesetzes sind statistisch weder zentral erfasst noch lassen sie sich für den Bund durch Zusammenführung der Daten aus den Zeiterfassungssystemen der einzelnen Behörden valide ablesen.

Zudem gelten gemäß § 7 Absatz 7 der Arbeitszeitverordnung und den in den Dienststellen geschlossenen Dienstvereinbarungen zum Arbeitszeitmanagement (gleitende Arbeitszeit, Zeiterfassungssystem) aus datenschutzrechtlichen Gründen Aufbewahrungsfristen, die eine Auswertung zur Entwicklung der Überstunden/angeordneten Mehrarbeit für einen länger zurückliegenden Zeitraum nicht zulassen.

14. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Zahl und den Anteil von befristeten Arbeitsverträgen im öffentlichen Dienst (bitte nach Sachgrund/sachgrundlos sowie Geschlecht und Alter aufschlüsseln), und wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Situation verglichen mit der Gesamtwirtschaft und anderen Branchen dar (bitte konkrete Zahlen nennen)?

    Wie hoch ist bei Neueinstellungen der Anteil der Befristungen?

    Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, sachgrundlose Befristungen tarifvertraglich auszuschließen?

Die Angaben zu Zahl und Anteil von befristet Beschäftigten aus der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamts für den öffentlichen Dienst (Stand: 30. Juni 2012) sind den folgenden Tabellen zu entnehmen. Eine Aufschlüsselung der befristet beschäftigten Arbeitnehmer nach Sachgrund/sachgrundlos ist dem Statistischen Bundesamt nicht möglich.

Öffentlicher Dienst insgesamt	Insgesamt	Geschlecht	
		Männer	Frauen
Insgesamt	4 617 353	2 094 217	2 523 136
bis 30	790 429	355 458	434 971
31 bis 40	836 210	363 435	472 775
41 bis 50	1 320 830	575 819	745 011
51 und älter	1 669 884	799 505	870 379
Arbeitnehmer mit Zeitvertrag im öffentlichen Dienst	Insgesamt	Geschlecht	
		Männer	Frauen
Insgesamt	403 791	172 479	231 312
bis 30	175 872	75 743	100 129
31 bis 40	117 269	54 799	62 470
41 bis 50	67 962	23 576	44 386
51 und älter	42 688	18 361	24 327
Anteil der AN mit Zeitvertrag am Personal ö. D.	Insgesamt	Geschlecht	
		Männer	Frauen
Insgesamt	8,7 %	8,2 %	9,2 %
bis 30	22,3 %	21,3 %	23,0 %
31 bis 40	14,0 %	15,1 %	13,2 %
41 bis 50	5,1 %	4,1 %	6,0 %
51 und älter	2,6 %	2,3 %	2,8 %

Hinsichtlich der Gesamtwirtschaft und verschiedener Branchen hat das Statistische Bundesamt im Rahmen des Mikrozensus des Jahres 2012 Daten zu Zahl und Anteil befristeter Beschäftigung für verschiedene Wirtschaftszweige erhoben (vgl. nachfolgende Tabelle). Diese beruhen auf der Selbstauskunft der Befragten. Arbeitsrechtliche Vorschriften spielten in der Erhebung keine Rolle. Deshalb besteht auch keine Datengrundlage für eine getrennte Ausweisung von Befristungen mit Sachgrund und sachgrundlosen Befristungen. In der Übersicht

sind die Wirtschaftszweige O („Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“) und U („Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“) zusammengefasst, eine getrennte Auswertung liegt beim Statistischen Bundesamt nicht vor.

Erwerbstätige[1] in unterschiedlichen Erwerbsformen nach soziodemografischen Merkmalen und Wirtschaftsabschnitten 2012 in 1 000

Ergebnis Mikrozensus 2012 (Auszug)

Gegenstand der Nachweisung	Beschäftigte insgesamt	befristet Beschäftigte[3]	Anteil befristet Beschäftigte in %	Zeit-arbeitnehmer/-innen[3]	Anteil Zeit-arbeitnehmer/-innen
Insgesamt	32 124	2 735	8,51 %	745	2,32 %
Frauen	15 372	1 362	8,86 %	230	1,50 %
Männer	16 751	1 374	8,20 %	515	3,07 %
Alter von … bis unter … Jahren:					
15 bis unter 25	1 917	471	24,57 %	91	4,75 %
25 bis 35	6 762	955	14,12 %	214	3,16 %
35 bis 45	8 126	571	7,03 %	170	2,09 %
45 bis 55	9 756	503	5,16 %	183	1,88 %
55 bis 65	5 563	235	4,22 %	88	1,58 %
Früheres Bundesgebiet (West) ohne Berlin	25 801	2 089	8,10 %	552	2,14 %
Neue Bundesländer (Ost) einschließlich Berlin	6 323	646	10,22 %	193	3,05 %
Wirtschaftsabschnitte[2]:					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A)	256	22	8,59 %	X	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe; Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen (B,C,D,E)	7 683	479	6,23 %	X	
Baugewerbe (F)	1 973	95	4,82 %	X	
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (G)	4 161	315	7,57 %	X	
Verkehr und Lagerei (H)	1 681	128	7,61 %	X	
Gastgewerbe (I)	1 099	127	11,56 %	X	
Information und Kommunikation (J)	955	62	6,49 %	X	

Gegenstand der Nachweisung	Beschäftigte insgesamt	befristet Beschäftigte[3]	Anteil befristet Beschäftigte in %	Zeit-arbeitnehmer/-innen[3]	Anteil Zeit-arbeitnehmer/-innen
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen (K,L)	1 264	40	3,16 %	X	
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (M,N)	2 958	355	12,00 %	X	
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Exterritoriale Organisationen und Körperschaften (O,U)	2 668	234	8,77 %	X	
Erziehung und Unterricht (P)	2 051	305	14,87 %	X	
Gesundheits- und Sozialwesen (Q)	4 113	440	10,70 %	X	
Kunst, Unterhaltung und Erholung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen; Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt (R,S,T)	1 262	134	10,62 %	X	

1 Bezogen auf alle Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Personen in Bildung oder Ausbildung oder einem Freiwilligendienst.
2 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
3 Gruppen nicht überschneidungsfrei.
- = Nichts vorhanden.
X = Aussage aufgeschlüsselt nach Wirtschaftszweigen auf Basis der erhobenen Daten nicht möglich.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Informationen zum Anteil der Befristungen bei Neueinstellungen liegen dem Statistischen Bundesamt nicht vor. Zum Anteil von Befristungen bei Neueinstellungen beim Bund wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Frage 11, Bundestagsdrucksache 17/14410, Seite 10 ff. vom 22. Juli 2013 verwiesen.

Der tarifvertragliche Ausschluss befristeter Beschäftigung ohne Sachgrund ist eine der von den Gewerkschaften gegenüber Bund und VKA erhobenen Forderungen für die anstehenden Tarifverhandlungen. Diese Verhandlungen werden ab dem 13. März 2014 in Potsdam mit den Gewerkschaften geführt. Das Ergebnis wird eine Gesamteinigung zwischen den Tarifvertragsparteien sein, die abzuwarten bleibt.

15. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Übernahmequote von Auszubildenden im öffentlichen Dienst (bitte nach insgesamt, Bund, Länder, Kommunen aufgliedern)?

    Wie ist das Verhältnis von befristeter/unbefristeter Übernahme sowie in Teil- bzw. Vollzeit?

    Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung, für Auszubildende im öffentlichen Dienst, die ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, eine unbefristete Übernahme tariflich verbindlich zu regeln?

Entsprechende Daten werden vom Statistischen Bundesamt für den öffentlichen Dienst nicht erhoben. Von den im Jahr 2012 erfolgreich beendeten Ausbildungen sind beim Bund 91 Prozent der Ausgebildeten übernommen worden. Hiervon befanden sich zum Stichtag 1. Januar 2014[4] 25 Prozent der Ausgebildeten in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis. Eine Übernahme in ein Vollzeitarbeitsverhältnis fand in 99,7 Prozent der Fälle statt.

Die Übernahme von Auszubildenden ist eine der von den Gewerkschaften gegenüber Bund und VKA erhobenen Forderungen für die anstehenden Tarifverhandlungen. Diese Verhandlungen werden ab dem 13. März 2014 in Potsdam mit den Gewerkschaften geführt. Das Ergebnis wird eine Gesamteinigung zwischen den Tarifvertragsparteien sein, die abzuwarten bleibt.

16. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zur Entwicklung von Leiharbeit und Werkverträgen im öffentlichen Dienst vor?

    Wie haben sich in den zurückliegenden 20 Jahren die sachkostenfinanzierten Personalkosten entwickelt (bitte für beide Fragen – soweit vorhanden – absolute und relative Zahlen nennen)?

Das Statistische Bundesamt kann auf Basis der im Rahmen des Mikrozensus des Jahres 2012 erhobenen Daten keine Aussage zu Leiharbeit aufgeschlüsselt nach den einzelnen Wirtschaftszweigen treffen. Dies betrifft alle abgefragten Wirtschaftszweige (vgl. Tabelle zu Frage 14, Spalte „Zeitarbeitnehmer/-innen“).

Informationen zu Werkverträgen und der Finanzierung von Personalkosten erhebt das Statistische Bundesamt für den öffentlichen Dienst nicht.

Hinsichtlich der Erkenntnisse zu Leiharbeitskräften beim Bund wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu den Fragen 1 und 3, Bundestagsdrucksache 17/12248, Seite 2 vom 1. Februar 2013 sowie auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Frage 14, Bundestagsdrucksache 17/14410, Seite 12 vom 22. Juli 2013 verwiesen. Hinsichtlich der Erkenntnisse zu anderen Formen der Fremddienstleistung bzw. der Erteilung von Aufträgen an externe Dritte beim Bund (ohne Unterscheidung nach der vertragsrechtlichen Einordnung als Werkvertrag oder einer anderen vertragsrechtlichen Form) wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 1. Februar 2013 zu Frage 30, Bundestagsdrucksache 17/12248, Seite 10 vom 1. Februar 2013 sowie auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zu Frage 5, Bundestagsdrucksache 17/14647, Seite 3 f. vom 28. August 2013 verwiesen.

Sachkostenfinanzierte Personalausgaben werden im Kontext der Frage verstanden als Ausgaben für die Beauftragung Dritter (z. B. für Arbeitnehmerüberlassung) aus Sachkostentiteln. Für den Bundeshaushalt können durch Auswertun-

[4] Die unbefristete Übernahme in ein Arbeitsverhältnis erfolgt nach der tarifvertraglichen Regelung des § 16a TVAöD bei Bewährung nach 12 Monaten, so dass erst zum 1. Januar 2014 eine Aussage über die Übernahmequote der Auszubildenden, die im Jahr 2012 ihre Ausbildung beendet haben, möglich ist.

gen aus der Haushaltsdatenbank dazu keine Erkenntnisse gewonnen werden, weil derartige Ausgaben nicht standardisiert in der Haushaltsdatenbank gekennzeichnet sind: Soweit Ausgaben für die Beauftragung Dritter geleistet werden, können unterschiedliche Titel betroffen sein – je nachdem, welcher Zweckbestimmung die Leistung zuzuordnen ist. Außerdem machen derartige Ausgaben ggf. nur einen Teil der Gesamtausgaben des jeweiligen Titels aus.

Hinsichtlich der Ausgaben des Bundes, unabhängig davon, aus welchen Titeln sie geleistet wurden, enthält die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE., zu Frage 13 bezüglich Arbeitnehmerüberlassung, Bundestagsdrucksache 17/12248, Seite 5 vom 1. Februar 2012, und bezüglich der Ausgaben für die Beauftragung von Fremddienstleistern im Zeitraum von 1997 bis 2012 in der Antwort zu den Fragen 36 und 37 auf Seite 13.

Erkenntnisse für die Haushalte anderer Gebietskörperschaften liegen ebenfalls nicht vor.

17. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2000 bis heute die Reallöhne im öffentlichen Dienst entwickelt (wenn möglich, bitte jährliche Angaben von Monatseinkommen und Stundenlöhnen)?

Daten des Statistischen Bundesamts für den Wirtschaftszweig „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ zur Entwicklung der tariflichen Stunden- und Monatsgehälter, der Reallohnentwicklung und des Verbraucherpreisindex können der nachfolgende Tabelle entnommen werden. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

Entwicklung der Tarifverdienste im Wirtschaftszweig „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“* (2010=100)

Jahr	Index der tariflichen Stundengehälter	Veränderung zum Vorjahr in %	Index der tariflichen Monatsgehälter	Veränderung zum Vorjahr in %	Reallohnentwicklung (Index der tariflichen Monatsgehälter deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex)	Veränderung zum Vorjahr in %	Verbraucherpreisindex
2000	82,4	1,3	81,6	1,3	95,2	–0,2	1,4
2001	84,7	2,8	83,9	2,8	95,9	0,8	2,0
2002	86,6	2,3	85,8	2,3	96,8	0,9	1,4
2003	88,9	2,7	88,1	2,7	98,3	1,5	1,1
2004	90,9	2,2	90,0	2,2	98,9	0,6	1,6
2005	91,4	0,5	90,4	0,5	97,8	–1,2	1,6
2006	91,4	0,0	90,5	0,1	96,4	–1,4	1,5
2007	91,3	–0,1	90,7	0,2	94,4	–2,1	2,3
2008	95,8	5,0	95,6	5,4	96,9	2,7	2,6
2009	98,4	2,7	98,4	2,9	99,5	2,6	0,3
2010	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	0,5	1,1
2011	101,0	1,0	101,0	1,0	98,9	–1,1	2,1
2012	104,3	3,3	104,3	3,3	100,2	1,3	2,0
2013	106,8	2,4	106,8	2,4	101,0	0,8	1,5

* Einschließlich Tarifbeschäftigte und Beamte

Zusammenfassende Vorbemerkung zu den Fragen 18 bis 20

In der beim Statistischen Bundesamt geführten Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst werden Stundenlöhne nicht als Merkmal erhoben.

Für Tarifbeschäftigte des Bundes sind die Stundenentgelte, die sich rechnerisch (Berechnung nach § 24 Absatz 3 Satz 3 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst [TVöD]) für die Entgeltgruppen 1 bis 4 auf Basis der reinen tarifvertraglichen Tabellenentgelte ergeben, in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Weil der tarifvertraglich in § 24 Absatz 3 Satz 3 TVöD vereinbarte Weg zur Berechnung der Stundenentgelte nicht zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten oder Frauen und Männern unterscheidet, erfolgt hierzu keine separate Angabe.

	Stundenentgelte auf Basis der Tabellenentgelte nach TVöD Bund ab 01.01.2014 und § 19 TVÜ-Bund ab 01.08.2013*					
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
E4	11,24	12,45	13,27	13,75	14,22	14,50
E3	11,06	12,25	12,59	13,13	13,54	13,92
E2Ü	10,57	11,71	12,11	12,66	13,03	13,31
E2	10,20	11,30	11,64	11,98	12,73	13,51
E1		9,09	9,26	9,46	9,65	10,14

* Berechnet allein auf Basis des Tabellenentgelts. Unberücksichtigt sind die Jahressonderzahlung nach § 20 TVöD sowie sonstige individuell zustehende Entgeltbestandteile

Die dargestellten Werte sind allein auf Basis des monatlichen Tabellenentgelts berechnet. Unberücksichtigt bleiben dabei die jedem Beschäftigten zustehende Jahressonderzahlung nach § 20 TVöD sowie sonstige individuell zustehende Entgeltbestandteile (dazu gehören in Monatsbeträgen festgelegte Entgeltbestandteile wie z. B. Besitzstandszulagen nach §§ 9 bis 11 des Tarifvertrags zur Überleitung der Beschäftigten des Bundes in den TVöD oder Wechselschicht- und Schichtzulagen nach § 8 Absatz 5 und 6 TVöD sowie nicht in Monatsbeträgen festgelegte Entgeltbestandteile wie z. B. Zuschläge für Überstunden, Nachtarbeit oder Sonn- und Feiertagsarbeit und Entgelte für Rufbereitschaft nach § 8 Absatz 1 und 3 TVöD).

Die Stundenlöhne der Beschäftigten lassen sich daher nur durch Auswertung der individuell zustehenden Entgeltbestandteile im Einzelfall berechnen.

18. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die unterhalb der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Niedriglohnschwelle von 10,36 Euro pro Stunde arbeiten?

    Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro arbeiten?

19. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil von Vollzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst, die einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle erhalten (wenn möglich, bitte für einzelne Jahre seit dem Jahr 1991 ausweisen und nach Geschlecht differenzieren)?

Die Fragen 18 und 19 werden gemeinsam beantwortet.

Der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Niedriglohn von 10,36 Euro berücksichtigt beim Verdienst der Beschäftigten den regelmäßigen steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß den Lohnsteuerrichtlinien („laufender Arbeitslohn“) sowie u. a. Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit und damit mehr als das reine Tabellenentgelt nach dem TVöD. Deshalb sind die in der obigen Tabelle dargestellten Werte nicht mit dem Niedriglohn vergleichbar. Weil die Höhe der in der obigen Tabelle unberücksichtigten Entgeltbestandteile von vielen verschiedenen Faktoren abhängt, die sich teilweise im Laufe eines Jahres mehrfach verändern können (z. B. Zuschläge für Überstunden oder Nachtarbeit) und weil diese Entgeltbestandteile teilweise einen anderen Fälligkeitszeitpunkt haben als das Tabellenentgelt (vgl. § 24 Absatz 1 TVöD), kann in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht festgestellt werden, ob es Tarifbeschäftigte des Bundes gibt, die gegenwärtig oder in der Vergangenheit einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle erhalten haben. Wie sich aus der obigen Tabelle ergibt, kann bei Tarifbeschäftigten des Bundes ein Stundenlohn unterhalb von 10,36 Euro theoretisch nur bei Beschäftigten in der Entgeltgruppe 1 sowie in Stufe 1 der Entgeltgruppe 2 vorkommen. Nach der aktuellsten Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamts trifft dies beim Bund auf 95 Tarifbeschäftigte zu. Der beim Bund theoretisch denkbare höchste Anteil der Tarifbeschäftigten mit einem Stundenlohn unter 10,36 Euro liegt somit bei 0,07 Prozent der Tarifbeschäftigten in der unmittelbaren Bundesverwaltung.

Ein Stundenlohn unter 8,50 Euro ist selbst ohne Berücksichtigung dieser Entgeltbestandteile für Tarifbeschäftigte des Bundes nicht möglich.

20. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2006 bis heute die Zahl der Beschäftigten entwickelt, die nach den Entgeltgruppen 1 bis 4 eingestuft werden (bitte einzeln für die jeweiligen Entgeltgruppen und nach Bund, Länder, Kommunen aufführen)?

    Wie hoch ist der durchschnittliche Stundenlohn in diesen Entgeltgruppen, und wie hoch ist der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines Vollzeitbeschäftigten in der jeweiligen Entgeltgruppe?

Angaben aus der Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamts für den öffentlichen Dienst zu Beschäftigtenzahlen in den Entgeltgruppen 1 bis 4 beim Bund, Ländern und Kommunen für die Jahre 2006 bis 2012 (aktuellste beim Statistischen Bundesamt vorliegende Daten) sowie zum durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst eines Vollzeitbeschäftigten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung zu den Fragen 18 bis 20 verwiesen.

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Entgeltgruppen E1 bis E4 des TVöD, TV-L, TV-H[1]

	Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich
	E4		
2006	5 181	366	31 463
2007	5 373	7 387	30 596
2008	4 677	6 322	30 845
2009	4 443	6 834	30 901
2010	4 132	7 276	48 971
2011	3 828	7 655	49 242
2012	3 693	8 241	49 864
	E3		
2006	22 688	3 449	46 402
2007	21 703	17 736	45 320
2008	19 142	17 072	46 052
2009	17 831	17 780	47 957
2010	16 871	19 601	50 118
2011	15 888	23 118	49 759
2012	15 453	22 686	49 479
	E2Ü		
2006	148	1 205	19 829
2007	127	3 196	18 901
2008	119	3 547	18 611
2009	145	3 292	17 943
2010	146	3 098	19 470
2011	229	3 643	18 859
2012	191	3 259	18 373
	E2		
2006	1 950	186	58 851
2007	1 810	11 985	57 179
2008	1 637	11 410	56 730
2009	1 555	11 229	56 601
2010	1 479	11 585	64 816
2011	1 410	11 966	63 265
2012	1 229	11 018	62 011

	Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich
	E1		
2006	17	11	3 344
2007	45	201	5 375
2008	53	137	6 959
2009	61	189	10 521
2010	55	256	14 025
2011	102	901	15 296
2012	43	423	16 884

[1] Ohne Einstufungen der Kr-Anwendungstabelle

Durchschnittliche Bruttobezüge der Vollzeitbeschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Entgeltgruppen E1 bis E4 des TVöD, TV-L,TV-H[1] im Juni 2012

	Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich
E4	2 960	2 548	2 436
E3	2 339	2 198	2 309
E2Ü	2 259	2 185	2 242
E2	2 190	2 109	2 018
E1	1 538	1 542	1 548

[1] Ohne Einstufungen der Kr-Anwendungstabelle

21. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2000 bis heute die Tarifeinkommen im öffentlichen Dienst und im Vergleich dazu die Tarifeinkommen insgesamt und in den anderen Branchen entwickelt (bitte jährliche Angaben und wenn möglich den öffentlichen Dienst nach Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung aufgliedern)?

Für nach Wirtschaftszweigen erhobene Daten des Statistischen Bundesamtes zu Tarifeinkommen (Index der tariflichen Monatsverdienste sowie Veränderung zum Vorjahr) siehe Anlage 1. Die Daten der Wirtschaftszweige lassen sich nicht getrennt nach Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung aufgliedern.

22. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2000 bis heute die durchschnittlichen und die mittleren Bruttomonatsverdienste im öffentlichen Dienst und wie im Vergleich dazu in der Gesamtwirtschaft und in den anderen Branchen entwickelt (bitte sowohl jährlich die absoluten Werte als auch die prozentuale Entwicklung darstellen und wenn möglich, sowohl nach Geschlecht differenzieren als auch den öffentlichen Dienst nach Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung aufgliedern)?

Für nach Wirtschaftszweigen erhobene Daten des Statistischen Bundesamts zu durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten in absoluten Werten in Euro und auf dem Nominallohnindex basierenden Prozentualen Veränderungsraten siehe Anlage 2. Die Daten der Wirtschaftszweige lassen sich nicht getrennt nach

Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung bzw. nach Geschlecht aufgliedern. Angaben zum mittleren Bruttomonatsverdienst liegen nicht vor. Der Nominallohnindex des Statistischen Bundesamts existiert aufgegliedert nach Wirtschaftszweigen erst seit 2007.

23. Welche Steuermehreinnahmen in Euro werden für Bund, Länder und Kommunen nach aktuellen Steuerschätzungen für die kommenden Jahre gegenüber dem Jahr 2012 erwartet?

Die letzte Steuerschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen" fand vom 5. bis 7. November 2013 statt. Der Arbeitskreis schätzte ausgehend vom Ist-Aufkommen 2012 die Steuereinnahmen für die Jahre 2013 bis 2018. Für das Jahr 2013 liegen mittlerweile Ist-Zahlen für den Bund und die Länder vor.

Die Aufkommensschätzungen des Arbeitskreises und die Ist-Zahlen für 2013 sowie die Änderung gegenüber dem Aufkommen des Jahres 2012 sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

in Mrd. €	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Ist		Schätzung Arbeitskreis „Steuerschätzungen" vom November 2013				
Bund							
Steueraufkommen	256,3	259,9	269,0	277,5	291,5	298,7	309,2
Änderung gegenüber dem Jahr 2012		3,6	12,7	21,2	35,2	42,4	52,9
Länder							
Steueraufkommen	236,3	244,2	251,9	260,8	269,5	277,6	287,2
Änderung gegenüber dem Jahr 2012		7,9	15,5	24,5	33,1	41,3	50,8
	Ist	Schätzung Arbeitskreis „Steuerschätzungen" vom November 2013					
Gemeinden*							
Steueraufkommen	81,1	85,0	88,2	91,5	94,7	98,0	101,6
Änderung gegenüber dem Jahr 2012		4,0	7,1	10,4	13,7	16,9	20,5

* für die Gemeinden liegen für das Jahr 2013 noch keine Ist-Zahlen vor

24. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die öffentlichen Haushalte durch eine höhere Besteuerung von Vermögen und Gewinnen zu stärken?

25. Ist der Bundesregierung das Konzept „Steuergerechtigkeit" der Gewerkschaft ver.di bekannt, und wie steht sie gegebenenfalls zu den dort gemachten Vorschlägen, mit denen sich laut ver.di jährliche Steuermehreinnahmen von über 80 Mrd. Euro sowie einmalig von 300 Mio. Euro infolge einer einmaligen Vermögensabgabe erzielen lassen?

Die Fragen 24 und 25 werden gemeinsam beantwortet.

Eine wachstumsorientierte Steuerpolitik trägt zur nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Deutschland bei. Die Entwicklung der staatlichen Einnahmen ist stabil und ermöglicht bei gleichzeitiger Wahrung von Haushaltsdisziplin eine solide Finanzierung der öffentlichen Aufgaben mit der vorhande-

nen Steuerbasis. Mit dem Verzicht auf die Erhöhung bestehender bzw. Einführung neuer Steuern setzt die Bundesregierung die richtigen Investitions- und Leistungsanreize und stärkt die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung.

Anlage 1

Anlage 7.1 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste[1] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Jahren
Deutschland
Absolute Werte in Euro

Bezeichnung der Wirtschaftszweige (WZ 2008)	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
B-S Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	.	.	.	.	.	.	.	3 023	3 103	3 141	3 227	3 311	3 391	
B-N Privatwirtschaft	.	.	.	.	.	.	.	3 027	3 108	3 116	3 211	3 306	3 387	
B-F Produzierendes Gewerbe	2 626	2 687	2 760	2 846	2 912	2 967	3 017	3 092	3 169	3 111	3 246	3 368	3 467	
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 856	2 919	2 998	3 028	3 101	3 109	3 165	3 222	3 326	3 428	3 548	3 677	3 726	
B05 Kohlenbergbau	2 878	2 953	3 047	3 093	3 200	3 195	3 255	3 315	3 425	3 601	(3 697)	(3 854)	3 946	
B06 Gewinnung von Erdöl und Erdgas	4 693	4 812	4 832	4 880	4 809	4 820	4 939	5 115	5 329	5 506	5 705	5 949	6 862	
B07 Erzbergbau	.	.	.	.	.	.	.	-	-	-	-	-	-	
B08 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	2 624	2 646	2 697	2 735	2 753	2 805	2 856	2 889	2 975	2 905	3 058	3 136	3 108	
B09 Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	3 006	3 072	3 155	3 186	3 263	3 273	3 331	3 353	3 486	/	(4 131)	(4 194)	4 155	
C Verarbeitendes Gewerbe	2 702	2 760	2 829	2 914	2 980	3 033	3 084	3 166	3 238	3 156	3 316	3 443	3 565	
C10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	1 986	2 016	2 064	2 122	2 160	2 198	2 223	2 214	2 263	2 294	2 334	2 373	2 539	
C11 Getränkeherstellung	2 784	2 838	2 896	2 977	2 996	3 040	3 075	3 097	3 139	3 224	3 243	3 284	3 439	
C12 Tabakverarbeitung	3 003	3 037	3 259	3 414	3 472	3 492	3 514	3 617	3 780	3 995	4 157	4 301	4 287	
C13 Herstellung von Textilien	2 145	2 178	2 230	2 274	2 328	2 355	2 392	2 442	2 451	2 378	2 459	2 551	2 680	
C14 Herstellung von Bekleidung	2 061	2 135	2 240	2 322	2 372	2 409	2 493	2 568	2 653	2 717	2 828	2 895	2 832	
C15 Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	2 234	2 334	2 433	2 527	2 586	2 629	2 726	2 704	2 770	2 821	2 947	3 072	3 111	
C16 Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	2 261	2 277	2 325	2 360	2 407	2 425	2 453	2 502	2 536	2 505	2 564	2 615	2 692	
C17 Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	2 544	2 570	2 621	2 698	2 749	2 789	2 836	2 916	2 960	2 985	3 092	3 140	3 273	
C18 Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	2 683	2 732	2 796	2 846	2 898	2 939	2 938	2 971	3 025	3 008	3 049	3 088	3 192	
C19 Kokerei und Mineralölverarbeitung	3 606	3 675	3 791	4 094	4 157	4 183	4 281	4 502	4 665	4 803	4 880	5 048	5 244	
C20 Herstellung von chemischen Erzeugnissen	3 189	3 253	3 339	3 431	3 499	3 555	3 613	3 684	3 783	3 827	3 941	4 048	4 217	
C21 Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	3 287	3 352	3 472	3 581	3 634	3 705	3 753	3 808	3 928	4 037	4 101	4 231	4 429	
C22 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 388	2 428	2 490	2 560	2 602	2 648	2 684	2 699	2 747	2 681	2 815	2 891	3 083	
C23 Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 418	2 449	2 491	2 567	2 618	2 647	2 689	2 738	2 788	2 769	2 875	2 964	3 064	
C24 Metallerzeugung und -bearbeitung	2 803	2 842	2 895	2 967	3 039	3 081	3 164	3 234	3 303	3 045	3 365	3 495	3 600	
C25 Herstellung von Metallerzeugnissen	2 472	2 511	2 557	2 619	2 664	2 694	2 741	2 825	2 878	2 722	2 907	3 042	3 119	
C26 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	3 081	3 146	3 265	3 363	3 411	3 490	3 551	3 655	3 756	3 700	3 868	3 992	3 988	
C27 Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	2 721	2 799	2 896	2 981	3 061	3 124	3 192	3 287	3 327	3 243	3 438	3 530	3 688	
C28 Maschinenbau	2 927	2 993	3 045	3 142	3 229	3 288	3 352	3 459	3 528	3 356	3 555	3 749	3 873	
C29 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3 053	3 109	3 170	3 283	3 383	3 446	3 494	3 619	3 733	3 579	3 880	4 082	4 191	
C30 Sonstiger Fahrzeugbau	3 136	3 254	3 338	3 436	3 511	3 593	3 667	3 819	3 955	4 111	4 164	4 283	4 306	
C31 Herstellung von Möbeln	2 316	2 359	2 393	2 439	2 482	2 522	2 572	2 639	2 691	2 673	2 739	2 787	2 836	
C32 Herstellung von sonstigen Waren	2 454	2 510	2 589	2 650	2 689	2 736	2 768	2 811	2 856	2 889	2 955	3 005	3 163	
C33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	2 846	2 919	2 993	3 083	3 154	3 215	3 278	3 402	3 471	3 441	3 521	3 666	3 891	
D Energieversorgung	3 190	3 254	3 373	3 506	3 603	3 724	3 801	3 882	4 020	4 155	4 252	4 359	4 480	
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	.	.	.	.	.	.	.	2 666	2 749	2 822	2 879	2 939	3 022	
E36 Wasserversorgung	2 660	2 737	2 838	2 914	2 987	3 040	3 097	3 158	3 288	3 422	3 502	3 554	3 676	
E37 Abwasserentsorgung	.	.	.	.	.	.	.	2 999	3 079	3 149	3 198	3 250	3 390	
E38 Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	2 202	2 243	2 324	2 348	2 414	2 437	2 470	2 500	2 568	2 616	2 679	2 737	2 822	
E39 Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	.	.	.	.	.	.	.	2 924	3 030	3 145	(3 118)	(3 059)	2 752	

Anlage 7.1 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste[1] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Jahren
Deutschland
Absolute Werte in Euro

Bezeichnung der Wirtschaftszweige (WZ 2008)	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
F Baugewerbe	.	.	.	.	.	.	.	2 562	2 633	2 655	2 679	2 772	2 866	
F41 Hochbau	2 415	2 477	2 533	2 601	2 640	2 657	2 675	2 712	2 767	2 769	2 770	2 913	2 994	
F42 Tiefbau	2 341	2 401	2 455	2 522	2 559	2 576	2 593	2 675	2 764	2 817	2 798	2 958	2 958	
F43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	.	.	.	.	.	.	.	2 499	2 571	2 591	2 630	2 696	2 822	
G-S Dienstleistungsbereich	.	.	.	.	.	.	.	2 979	3 060	3 161	3 214	3 276	3 345	
G-N Marktbestimmte Dienstleistungen	.	.	.	.	.	.	.	2 954	3 038	3 123	3 172	3 236	3 308	
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	2 305	2 369	2 535	2 606	2 665	2 717	2 757	2 847	2 908	2 941	3 006	3 069	3 198	
G45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	2 446	2 510	2 454	2 525	2 576	2 631	2 660	2 690	2 756	2 775	2 818	2 887	3 038	
G46 Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	2 561	2 627	2 862	2 932	2 995	3 042	3 097	3 215	3 283	3 322	3 399	3 473	3 649	
G47 Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	2 023	2 080	2 181	2 232	2 279	2 323	2 336	2 396	2 442	2 466	2 504	2 531	2 691	
H Verkehr und Lagerei	.	.	.	.	.	.	.	2 594	2 658	2 695	2 739	2 798	2 868	
H49 Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	.	.	.	.	.	.	.	2 350	2 417	2 446	2 489	2 540	2 599	
H50 Schifffahrt	.	.	.	.	.	.	.	3 483	3 597	3 642	3 741	(3 896)	4 225	
H51 Luftfahrt	.	.	.	.	.	.	.	4 023	4 184	4 309	4 786	4 880	4 793	
H52 Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	.	.	.	.	.	.	.	2 671	2 726	2 764	2 777	2 804	2 890	
H53 Post-, Kurier- und Expressdienste	.	.	.	.	.	.	.	2 715	2 805	2 863	2 852	2 851	2 911	
I Gastgewerbe	.	.	.	.	.	.	.	1 844	1 873	1 886	1 914	1 954	2 002	
I55 Beherbergung	.	.	.	.	.	.	.	1 869	1 897	1 912	1 944	1 988	2 032	
I56 Gastronomie	.	.	.	.	.	.	.	1 820	1 848	1 857	1 882	1 916	1 968	
J Information und Kommunikation	.	.	.	.	.	.	.	3 997	4 079	4 165	4 256	4 364	4 413	
J58 Verlagswesen	.	.	.	.	.	.	.	3 862	3 943	4 039	4 084	4 163	4 186	
J59 Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos;Tonstudios und Verlegen von Musik	.	.	.	.	.	.	.	3 596	3 601	(3 833)	(3 993)	(4 112)	3 805	
J60 Rundfunkveranstalter	.	.	.	.	.	.	.	4 111	4 261	4 430	4 536	4 656	4 756	
J61 Telekommunikation	.	.	.	.	.	.	.	3 803	3 878	3 984	3 952	4 026	4 239	
J62 Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	.	.	.	.	.	.	.	4 232	4 310	4 362	4 460	4 566	4 589	
J63 Informationsdienstleistungen	.	.	.	.	.	.	.	3 089	3 095	3 155	3 300	3 417	3 755	
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3 199	3 321	3 427	3 525	3 619	3 692	3 761	3 865	4 012	4 097	4 258	4 352	4 478	
K64 Erbringung von Finanzdienstleistungen	3 151	3 275	3 389	3 485	3 583	3 661	3 732	3 849	3 990	4 079	4 269	4 373	4 494	
K65 Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	3 260	3 362	3 422	3 515	3 588	3 648	3 709	3 753	3 910	3 980	4 052	4 135	4 282	
K66 Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten	3 748	3 893	3 862	3 981	4 073	4 099	4 196	4 334	4 532	4 613	4 702	4 749	4 794	
L Grundstücks- und Wohnungswesen	.	.	.	.	.	.	.	3 146	3 244	3 328	3 397	3 461	3 550	
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	.	.	.	.	.	.	.	3 783	3 909	3 988	4 040	4 122	4 058	
M69 Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	.	.	.	.	.	.	.	3 362	3 521	3 620	3 656	3 757	3 492	
M70 Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	.	.	.	.	.	.	.	4 503	4 695	4 813	4 891	5 004	4 889	
M71 Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	.	.	.	.	.	.	.	3 644	3 740	3 795	3 861	3 931	3 940	
M72 Forschung und Entwicklung	.	.	.	.	.	.	.	3 566	3 687	3 751	3 765	3 819	4 105	
M73 Werbung und Marktforschung	.	.	.	.	.	.	.	3 605	3 664	3 721	3 804	3 920	3 855	
M74 Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	.	.	.	.	.	.	.	3 420	3 348	(3 446)	(3 627)	(3 822)	3 681	
M75 Veterinärwesen	.	.	.	.	.	.	.	2 556	2 629	2 638	2 613	2 646	2 619	

Anlage 7.1 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste[1] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Jahren
Deutschland
Absolute Werte in Euro

Bezeichnung der Wirtschaftszweige (WZ 2008)	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	.	.	.	.	.	.	.	1 906	1 975	2 086	2 087	2 144	2 167	
N77 Vermietung von beweglichen Sachen	.	.	.	.	.	.	.	2 976	3 018	3 095	3 150	3 243	3 265	
N78 Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	.	.	.	.	.	.	.	1 605	1 673	1 745	1 747	1 832	1 841	
N79 Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	.	.	.	.	.	.	.	2 591	2 672	2 743	2 855	2 945	3 001	
N80 Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	.	.	.	.	.	.	.	1 892	1 926	1 940	1 982	2 034	2 108	
N81 Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	.	.	.	.	.	.	.	2 031	2 115	2 164	2 189	2 202	2 354	
N82 Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	.	.	.	.	.	.	.	2 634	2 677	2 696	2 844	2 899	2 843	
O-S Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	.	.	.	.	.	.	.	3 012	3 090	3 209	3 267	3 327	3 402	
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	.	.	.	.	.	.	.	2 861	2 938	3 069	3 127	3 176	3 268	
P Erziehung und Unterricht	.	.	.	.	.	.	.	3 588	3 679	3 800	3 882	3 886	3 938	
Q Gesundheits- und Sozialwesen	.	.	.	.	.	.	.	2 948	3 013	3 117	3 165	3 257	3 339	
Q86 Gesundheitswesen	.	.	.	.	.	.	.	3 231	3 298	3 429	3 488	3 591	3 685	
Q87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	.	.	.	.	.	.	.	2 457	2 505	2 566	2 587	2 640	2 750	
Q88 Sozialwesen (ohne Heime)	.	.	.	.	.	.	.	2 535	2 604	2 650	2 665	2 735	2 825	
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	.	.	.	.	.	.	.	3 246	3 422	(3 529)	(3 588)	(3 610)	3 353	
R90 Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	.	.	.	.	.	.	.	3 079	3 145	3 216	3 297	3 313	3 187	
R91 Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten	.	.	.	.	.	.	.	2 752	2 821	2 900	2 946	2 998	3 057	
R92 Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	.	.	.	.	.	.	.	2 666	2 668	(2 688)	(2 713)	(2 740)	2 561	
R93 Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	.	.	.	.	.	.	.	3 832	4 261	/	/	/	3 931	
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	.	.	.	.	.	.	.	2 720	2 773	2 857	2 901	2 998	3 170	
S94 Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	.	.	.	.	.	.	.	3 222	3 296	3 387	3 405	3 513	3 596	
S95 Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	.	.	.	.	.	.	.	2 764	2 766	2 768	2 873	(2 963)	3 269	
S96 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen	.	.	.	.	.	.	.	2 043	2 042	2 084	2 130	2 173	2 233	
Nachrichtlich:														
PRODG2 Investitionsgüterproduzenten	2 946	3 012	3 077	3 174	3 253	3 309	3 360	3 471	3 554	3 440	3 632	3 806	3 916	
M+E Metall- und Elektroindustrie	.	.	.	.	.	.	.	3 338	3 413	3 288	3 489	3 643	3 754	

[1] Ohne Sonderzahlungen.

Anlage 7.2 Nominallohnindex nach Wirtschaftszweigen
Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

Wirtschaftszweig	2007	2008	2009	2010	2011	2012
B-S Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	-	3,1	0,1	2,7	3,3	2,5
B-N Privatwirtschaft	-	3,1	-1,0	3,2	3,8	(2,5)
B-F Produzierendes Gewerbe	-	3,0	-2,7	4,2	4,8	(3,1)
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	3,0	2,3	2,7	4,2	(2,9)
B05 Kohlenbergbau	-	3,7	4,0	0,9	4,6	(1,4)
B06 Gewinnung von Erdöl und Erdgas	-	2,4	2,7	2,2	4,3	(14,5)
B08 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	-	2,1	-0,9	5,9	3,7	(1,3)
B09 Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	-	2,1	3,2	4,4	1,7	(22,7)
C Verarbeitendes Gewerbe	-	3,0	-3,5	4,8	5,0	(3,2)
C10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	-	3,6	2,3	2,0	2,2	(3,0)
C11 Getränkeherstellung	-	2,0	5,0	2,0	1,2	(4,5)
C12 Tabakverarbeitung	-	5,5	2,3	2,2	3,4	(5,9)
C13 Herstellung von Textilien	-	0,9	-2,5	3,5	4,2	(2,4)
C14 Herstellung von Bekleidung	-	2,3	2,2	3,7	2,6	(3,0)
C15 Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	-	-0,2	-3,4	3,1	1,8	(-1,9)
C16 Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	-	1,7	-0,6	2,6	2,8	(3,2)
C17 Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	-	1,9	0,0	4,2	3,0	(2,7)
C18 Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	-	1,8	-1,0	1,3	1,8	(2,7)
C19 Kokerei und Mineralölverarbeitung	-	2,6	2,6	2,5	4,2	(1,0)
C20 Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-	1,4	-0,8	3,4	5,2	(1,7)
C21 Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	-	3,7	1,2	2,5	2,4	(6,2)
C22 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	-	2,3	-3,1	6,6	3,9	(4,9)
C23 Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	-	2,9	-1,6	4,8	3,2	(2,4)
C24 Metallerzeugung und -bearbeitung	-	3,4	-8,3	8,8	4,6	(2,1)
C25 Herstellung von Metallerzeugnissen	-	2,7	-5,9	7,3	5,1	(1,4)
C26 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	-	2,1	-3,3	6,6	5,1	(1,1)
C27 Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	-	2,8	-4,0	5,3	4,9	(2,7)
C28 Maschinenbau	-	3,1	-5,8	5,3	6,1	(3,1)
C29 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-	4,2	-6,5	5,7	8,3	(5,6)
C30 Sonstiger Fahrzeugbau	-	4,3	2,8	-0,6	4,4	(2,1)
C31 Herstellung von Möbeln	-	2,0	-2,0	2,8	3,2	(3,1)
C32 Herstellung von sonstigen Waren	-	3,0	1,5	2,7	3,3	(5,7)
C33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	-	3,9	-0,5	1,4	3,8	(2,8)
D Energieversorgung	-	2,3	1,7	1,0	2,7	(2,8)
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	-	3,3	2,0	1,4	3,0	(2,4)
E36 Wasserversorgung	-	4,6	2,8	1,7	2,2	(-1,0)
E37 Abwasserentsorgung	-	3,7	3,1	1,4	1,9	(3,1)
E38 Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	-	2,7	1,5	1,3	3,4	(3,4)
E39 Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	-	5,0	0,5	2,9	6,7	(0,7)
F Baugewerbe	-	3,0	0,9	0,9	3,8	(3,5)
F41 Hochbau	-	1,5	0,0	0,3	5,2	(3,1)
F42 Tiefbau	-	2,2	1,2	-0,4	5,4	(1,8)
F43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	-	3,7	1,0	1,4	3,0	(4,1)
G-S Dienstleistungsbereich	-	3,0	1,9	1,8	2,4	(2,2)
G-N Marktbestimmte Dienstleistungen	-	3,2	0,6	2,4	2,9	(1,7)
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	-	2,3	1,0	2,1	2,7	(3,3)
G45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	-	2,8	-0,1	1,7	3,9	(4,7)
G46 Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	-	2,6	1,1	2,5	3,1	(2,6)
G47 Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	-	1,9	1,1	1,9	1,6	(3,6)

Anlage 7.2 Nominallohnindex nach Wirtschaftszweigen
Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

Wirtschaftszweig	2007	2008	2009	2010	2011	2012
H Verkehr und Lagerei	-	3,6	0,5	0,5	1,8	(2,2)
H49 Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	-	3,3	0,7	-0,6	1,2	(3,0)
H50 Schifffahrt	-	4,6	0,2	4,7	2,9	(5,2)
H51 Luftfahrt	-	3,7	0,3	0,5	6,3	(-1,7)
H52 Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	-	3,8	0,4	0,8	1,8	(1,8)
H53 Post-, Kurier- und Expressdienste	-	2,7	0,9	1,3	1,2	(3,3)
I Gastgewerbe	-	2,1	0,4	1,4	2,5	(2,3)
I55 Beherbergung	-	2,5	0,2	1,5	2,8	(1,8)
I56 Gastronomie	-	1,8	0,5	1,3	2,3	(2,7)
J Information und Kommunikation	-	2,1	1,9	2,9	2,8	(0,1)
J58 Verlagswesen	-	3,1	1,3	0,8	3,6	(1,0)
J59 Herstellung,Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	-	0,7	10,7	2,6	3,2	(-10,7)
J60 Rundfunkveranstalter	-	2,5	2,5	3,4	2,6	(1,9)
J61 Telekommunikation	-	0,0	3,6	5,4	1,5	(-1,3)
J62 Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	-	2,6	1,2	2,8	2,8	(0,0)
J63 Informationsdienstleistungen	-	1,4	1,6	4,2	1,7	(4,5)
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	-	5,5	-1,0	4,1	3,1	(2,3)
K64 Erbringung von Finanzdienstleistungen	-	5,8	-1,9	4,8	3,0	(2,5)
K65 Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	-	4,7	2,0	1,5	3,5	(1,9)
K66 Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten	-	5,5	-0,5	3,6	3,2	(1,6)
L Grundstücks- und Wohnungswesen	-	5,2	0,3	2,0	2,6	(1,5)
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	-	3,2	0,7	2,2	3,4	(-1,5)
M69 Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	-	4,0	1,8	1,5	3,7	(-3,4)
M70 Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	-	2,3	-0,7	2,4	3,9	(-3,6)
M71 Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	-	3,6	1,6	2,4	3,0	(-0,7)
M72 Forschung und Entwicklung	-	3,8	0,7	0,9	2,6	(6,0)
M73 Werbung und Marktforschung	-	1,9	1,5	3,7	4,9	(-3,5)
M74 Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	-	4,2	-0,2	7,2	1,4	(-5,2)
M75 Veterinärwesen	-	2,5	3,3	0,9	2,1	(1,1)
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	-	3,7	0,5	2,7	3,9	(1,5)
N77 Vermietung von beweglichen Sachen	-	1,7	3,2	1,0	3,9	(2,8)
N78 Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	-	4,0	-0,3	3,7	5,6	(0,0)
N79 Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	-	4,5	1,2	2,1	3,7	(4,1)
N80 Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	-	5,8	0,5	2,4	3,1	(6,7)
N81 Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	-	3,4	0,9	2,4	2,5	(2,5)
N82 Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a.n.g.	-	2,6	0,6	2,6	3,4	(-0,8)

Anlage 7.2 Nominallohnindex nach Wirtschaftszweigen
Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent

Wirtschaftszweig	2007	2008	2009	2010	2011	2012
O-S Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	-	2,8	3,5	1,1	2,0	(2,7)
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-	3,2	3,7	0,9	2,2	(2,7)
P Erziehung und Unterricht	-	2,6	3,7	0,8	0,9	(2,6)
Q Gesundheits- und Sozialwesen	-	2,5	3,0	1,5	2,4	(3,4)
Q86 Gesundheitswesen	-	2,0	3,7	1,7	2,6	(3,5)
Q87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	-	3,1	2,2	0,8	1,9	(4,0)
Q88 Sozialwesen (ohne Heime)	-	3,4	2,1	1,3	2,5	(2,0)
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	-	6,0	1,0	1,7	1,8	(-4,3)
R90 Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	-	2,8	2,2	2,8	0,9	(-1,6)
R91 Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten	-	2,9	3,4	1,8	2,1	(3,0)
R92 Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	-	2,4	3,8	1,6	2,1	(-0,3)
R93 Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	-	10,6	-1,2	0,9	2,3	(-9,6)
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	-	2,8	2,9	1,9	2,5	(2,6)
S94 Interessenvertretungen sowie kirchliche u. sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	-	3,2	2,9	1,7	2,2	(2,8)
S95 Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	-	4,4	-0,3	3,3	2,3	(3,8)
S96 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen	-	1,6	3,6	2,0	3,5	(1,8)

E107/36232100 - 9412

Tabelle 7.1	Absolutwerte: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftiger Arbeitnehmer
Tabelle 7.2	Prozentuale Veränderungsraten: Basierend auf dem Nominallohnindex. Dieser bezieht sich auf Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte sowie auf Bruttomonatsverdienste einschl. Sonderzahlungen.

/= keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug.
(..) Wert ist statistisch relativ unsicher.

Anlage 2

Anlage 6 Index der tariflichen Monatsverdienste ohne Sonderzahlungen
2010 = 100
Deutschland

Wirtschaftszweig nach Wirtschaftszweigsystematik 2008

Berichtszeitraum	A-S	B-S	B-H, K, O	B-N	B-F	A	01-02	B	C	10-12	13-14	20-21	24-25	28	29-30	D-E	D-E ohne 37 u. 38/39
Jahr	Gesamtwirtschaft	Produzierendes Gewerbe u. Dienstleistungsbereich	Produzierendes Gewerbe, Handel u.A.	Privatwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Land- u. Forstwirtschaft	Bergbau u. Gewinnung von Steinen u. Erden	Verarbeitendes Gewerbe	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	Chemische Industrie	Metallgewerbe	Maschinenbau	Fahrzeugbau	Energie- u. Wasserversorg.; Entsorgungswirtschaft	Energie- u. Wasserversorgung
2000	-	-	-	-	79,8	-	-	84,8	78,6	81,3	-	78,0	77,5	77,7	78,3	-	79,9
2001	-	-	-	-	81,6	-	-	86,1	80,5	83,6	-	79,7	79,5	79,6	80,3	-	81,4
2002	-	-	-	-	83,4	-	-	87,7	82,5	85,5	-	81,8	81,5	81,7	82,2	-	83,0
2003	-	-	-	-	85,5	-	-	89,3	84,7	87,7	-	84,3	83,8	84,0	84,5	-	85,1
2004	-	-	-	-	87,3	-	-	90,5	86,7	89,5	-	86,2	85,8	86,0	86,6	-	86,5
2005	-	90,1	89,3	89,3	88,3	-	-	91,4	88,0	90,8	88,1	87,5	87,4	87,6	87,9	88,3	87,3
2006	-	91,0	90,5	90,7	89,9	-	-	92,0	89,8	92,0	89,3	89,1	89,4	89,4	89,8	89,4	88,7
2007	-	92,3	92,3	92,8	92,4	-	-	93,8	92,5	93,9	92,3	91,6	92,5	92,6	92,2	90,9	90,8
2008	-	95,7	95,5	95,6	95,3	-	-	95,8	95,3	95,9	94,9	95,5	95,3	95,2	95,0	94,9	94,7
2009	-	98,4	98,3	98,2	98,1	-	-	98,2	98,2	97,8	96,7	98,8	98,4	98,2	97,9	97,9	97,8
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	101,5	101,5	101,6	102,0	102,1	102,0	102,0	102,4	102,2	102,5	101,3	102,9	102,1	102,0	102,0	101,9	102,3
2012	104,5	104,5	104,7	104,9	105,3	104,5	104,5	104,6	105,5	105,5	103,9	106,2	105,6	105,6	105,6	104,8	105,0
2013	107,1	107,1	107,4	107,6	108,3	107,1	107,1	107,3	108,6	108,4	105,9	108,7	108,8	108,9	108,9	107,5	107,7

Berichtszeitraum	D / 35	E	36	F	G-S	G-N	G	45	46	47	H,J	H	49	49.1/49.2	I	J	K
Jahr	Energieversorgung	Wasserversorg., Entsorg., Beseitig.v. Umweltverschmutz	Wasserversorgung	Baugewerbe	Dienstleistungsbereich	Marktbestimmte Dienstleistungen	Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	Großhandel (ohne Kfz-Handel)	Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)	Verkehr u. Lagerei; Information u. Kommunikation	Verkehr u. Lagerei	Landverkehr u. Transport in Rohrfernleitungen	Eisenbahnverkehr	Gastgewerbe	Information u. Kommunikation	Erbringung von Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen
2000	79,9	-	79,5	85,3	-	-	82,8	-	-	-	-	81,8	84,1	-	-	-	-
2001	81,3	-	81,9	86,7	-	-	85,1	-	-	-	-	83,2	85,4	-	-	-	-
2002	82,8	-	83,9	87,5	-	-	86,6	-	-	-	-	84,7	87,0	-	-	-	-
2003	84,9	-	86,3	89,4	-	-	89,0	-	-	-	-	86,6	88,7	-	-	-	-
2004	86,3	-	88,2	90,4	-	-	90,7	-	-	-	-	88,3	90,1	-	-	-	-
2005	87,1	90,6	88,6	90,4	91,3	91,1	91,6	90,7	90,2	93,7	89,9	89,5	90,8	-	-	90,5	91,3
2006	88,6	90,9	89,6	91,2	91,6	92,0	92,7	92,7	91,3	94,0	90,6	90,4	90,9	-	-	90,7	92,4
2007	90,9	91,2	90,3	92,7	92,4	93,5	94,1	94,4	93,2	94,8	92,5	92,1	91,6	-	-	93,3	93,7
2008	94,5	95,7	95,5	95,3	96,0	96,1	96,2	96,4	96,2	96,3	95,3	95,3	96,0	-	-	95,5	96,5
2009	97,7	98,3	97,7	97,6	98,5	98,2	98,4	99,4	98,0	97,9	97,8	98,0	98,0	-	-	97,5	98,6
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	102,4	101,1	101,4	102,0	101,3	101,9	102,3	102,2	102,2	102,4	101,4	101,2	101,7	101,6	101,9	101,7	101,5
2012	105,0	104,3	104,7	104,4	104,2	104,3	105,0	105,6	105,1	104,8	104,1	104,2	104,3	103,9	103,7	103,9	103,3
2013	107,7	107,0	107,5	107,2	106,7	106,8	107,4	108,5	107,8	106,7	106,4	106,5	106,7	106,0	105,6	106,2	106,1

Berichtszeitraum	L	M	N	78	80	81	82	O-S	O	P	Q	86	R	S
Jahr	Grundstücks- u. Wohnungswesen	Freiberufliche, wissen. u. techn. Dienstleistungen	Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	Vermittlung u. Überlassung von Arbeitskräften	Wach- u. Sicherheitsdienste sowie Detekteien	Gebäudebetreuung; Garten- u. Landschaftsbau	Dienstleistungen für Unternehmen u. Privatpers.	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	Erziehung u. Unterricht	Gesundheits- u. Sozialwesen	Gesundheitswesen	Kunst, Unterhaltung u. Erholung	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
2000	-	-	-	-	-	-	-	-	81,6	-	-	-	-	-
2001	-	-	-	-	-	-	-	-	83,9	-	-	-	-	-
2002	-	-	-	-	-	-	-	-	85,8	-	-	-	-	-
2003	-	-	-	-	-	-	-	-	88,1	-	-	-	-	-
2004	-	-	-	-	-	-	-	-	90,0	-	-	-	-	-
2005	92,1	90,8	92,1	92,7	89,3	92,8	89,6	91,4	90,4	91,8	92,4	92,0	90,7	91,3
2006	92,8	91,2	93,0	93,5	91,3	92,9	90,6	91,4	90,5	91,8	92,4	92,0	90,7	91,4
2007	93,6	92,2	95,4	96,2	93,8	93,1	92,8	91,5	90,7	91,8	92,4	92,0	90,7	91,6
2008	96,1	96,0	96,6	96,8	95,6	96,1	95,7	95,9	95,6	96,1	96,1	96,0	96,0	96,0
2009	98,6	98,5	97,5	97,3	97,9	96,3	98,3	98,7	98,4	98,8	99,1	99,0	98,7	98,6
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	103,0	101,7	103,4	104,5	102,1	100,8	101,8	101,0	101,0	101,2	101,0	101,0	101,0	101,1
2012	104,5	104,9	105,6	106,5	105,2	102,5	104,8	104,1	104,3	103,8	104,1	104,2	103,8	104,0
2013	107,9	107,6	107,2	107,9	107,5	103,9	107,7	106,6	106,8	106,0	107,1	107,1	106,3	106,8

Der Erfassungsbereich der Tarifstatistik wurde stetig erweitert. Aus diesem Grund liegen für einige Wirtschaftsbereiche nur kurze Zeitreihen vor. Vormals bestehende Zeitreihen wurden mittels eines mathematischen Verfahrens verknüpft.

Der Tarifindex berücksichtigt neben den Flächen - und Firmentarifverträgen auch die Beamtenbesoldungen von Bund und Länder.

Anlage 6 Index der tariflichen Monatsverdienste ohne Sonderzahlungen
Veränderung in Prozent zum Vorjahr
2010 = 100
Deutschland

Berichtszeitraum	Wirtschaftszweig nach Wirtschaftszweigsystematik 2008														
	A-S	B-S	B-H, K, O	B-N	B-F	A	01-02	B	C	10-12	13-14	20-21	24-25	28	29-30	D-E
Jahr	Gesamt-wirtschaft	Produ-zierendes Gewerbe u. Dienst leistungs-bereich	Produ-zierendes Gewerbe, Handel u.A.	Privat-wirtschaft	Produ-zierendes Gewerbe	Land- u. Forst wirtschaft, Fischerei	Land- u. Forst-wirtschaft	Bergbau u. Gewinnung von Steinen u. Erden	Verarbei-tendes Gewerbe	Ernährungs-gewerbe u. Tabak-ver-arbeitung	Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	Chemische Industrie	Metall-gewerbe	Maschinen-bau	Fahrzeug-bau	Energie- u. Wasser-versorg.; Entsorgungs-wirtschaft
2000	-	-	-	-	2,2	-	-	0,8	2,4	2,4	-	2,6	2,2	2,2	2,4	-
2001	-	-	-	-	2,2	-	-	1,6	2,4	2,8	-	2,1	2,5	2,5	2,5	-
2002	-	-	-	-	2,2	-	-	1,9	2,5	2,4	-	2,6	2,6	2,6	2,3	-
2003	-	-	-	-	2,6	-	-	1,8	2,7	2,5	-	3,1	2,8	2,8	2,9	-
2004	-	-	-	-	2,1	-	-	1,3	2,3	2,0	-	2,2	2,4	2,4	2,4	-
2005	-	-	-	-	1,2	-	-	1,0	1,5	1,5	-	1,5	1,8	1,9	1,6	-
2006	-	1,0	1,3	1,5	1,8	-	-	0,7	2,0	1,3	1,4	1,8	2,3	2,0	2,2	1,2
2007	-	1,5	2,0	2,4	2,8	-	-	1,9	3,0	2,1	3,4	2,8	3,5	3,5	2,6	1,8
2008	-	3,6	3,5	3,0	3,2	-	-	2,1	3,0	2,1	2,9	4,2	3,0	2,8	3,1	4,4
2009	-	2,8	2,9	2,7	3,0	-	-	2,6	3,0	2,0	1,9	3,5	3,2	3,2	3,1	3,2
2010	-	1,6	1,7	1,8	2,0	-	-	1,8	1,8	2,2	3,5	1,2	1,6	1,8	2,2	2,1
2011	1,5	1,5	1,6	2,0	2,1	2,0	2,0	2,4	2,2	2,5	1,3	2,9	2,1	2,0	2,0	1,9
2012	3,0	3,0	3,1	2,8	3,1	2,5	2,5	2,1	3,2	2,9	2,6	3,2	3,4	3,5	3,5	2,8
2013	2,5	2,5	2,6	2,6	2,8	2,5	2,5	2,6	2,9	2,7	1,9	2,4	3,0	3,1	3,1	2,6

Berichtszeitraum	Wirtschaftszweig nach Wirtschaftszweigsystematik 2008														
	D-E ohne 37	D	E	36	F	G-S	G-N	G	45	46	47	H,J	H	49	49.1/49.2	I
Jahr	Energie- u. Wasser-versorgung	Energie-versorgung	Wasser-versorg., Entsorg., Beseitig.v. Umwelt-verschmutz	Wasser-versorgung	Bau-gewerbe	Dienst-leistungs-bereich	Markt-bestimmte Dienst-leistungen	Handel; Instand-haltung u. Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Instand-haltung u. Reparatur von Kfz	Groß-handel (ohne Kfz-Handel)	Einzel-handel (ohne Kfz-Handel)	Verkehr u. Lagerei; Information u. Kommu-nikation	Verkehr u. Lagerei	Land-verkehr u. Transport in Rohrfern-leitungen	Eisenbahn-verkehr	Gast-gewerbe
2000	1,5	1,5	-	1,3	1,9	-	-	3,0	-	-	-	-	2,4	1,8	-	-
2001	1,8	1,7	-	3,0	1,6	-	-	2,7	-	-	-	-	1,6	1,5	-	-
2002	2,0	1,9	-	2,4	1,0	-	-	1,8	-	-	-	-	1,8	1,9	-	-
2003	2,6	2,5	-	2,9	2,2	-	-	2,7	-	-	-	-	2,3	1,9	-	-
2004	1,7	1,6	-	2,2	1,1	-	-	1,9	-	-	-	-	1,9	1,6	-	-
2005	0,9	0,9	-	0,5	0,0	-	-	1,0	-	-	-	-	1,4	0,8	-	-
2006	1,6	1,7	0,4	1,1	0,9	0,4	1,0	1,2	2,2	1,3	0,3	0,8	1,0	0,2	-	0,7
2007	2,4	2,6	0,3	0,8	1,7	0,8	1,7	1,6	1,9	2,1	0,8	2,1	1,8	0,7	-	1,0
2008	4,2	4,0	5,0	5,8	2,7	4,0	2,7	2,2	2,1	3,2	1,6	3,0	3,5	4,9	-	2,6
2009	3,3	3,4	2,6	2,2	2,6	2,6	2,2	2,2	3,1	1,9	1,7	2,6	2,8	2,1	-	1,3
2010	2,2	2,3	1,8	2,4	2,4	1,6	1,9	1,7	0,6	2,0	2,1	2,2	2,1	2,0	-	1,7
2011	2,3	2,4	1,1	1,4	2,0	1,3	1,9	2,3	2,2	2,2	2,4	1,4	1,2	1,7	1,6	1,9
2012	2,6	2,5	3,2	3,3	2,4	2,9	2,4	2,6	3,3	2,8	2,3	2,7	3,0	2,6	2,3	1,8
2013	2,6	2,6	2,6	2,7	2,7	2,4	2,4	2,3	2,7	2,6	1,8	2,2	2,2	2,3	2,0	1,8

Berichtszeitraum	Wirtschaftszweig nach Wirtschaftszweigsystematik 2008														
	J	K	L	M	N	78	80	81	82	O-S	O	P	Q	86	R	S
Jahr	Information u. Kommu-nikation	Erbringung von Finanz- u. Versicher-ungs-dienst-leistungen	Grund-stücks- u. Wohnungs-wesen	Frei-berufliche, wissen. u. techn. Dienst-leistungen	Sonstige wirtschaft-liche Dienst-leistungen	Vermittlung u. Über-lassung von Arbeits-kräften	Wach- u. Sicherheits-dienste sowie Detekteien	Gebäude-betreuung; Garten- u. Landschafts-bau	Dienst-leistungen für Unternehmen u. Privatpers.	Nicht markt-bestimmte Dienst-leistungen	Öffentl. Ver-waltung, Ver-teidigung; Sozial-versicherung	Erziehung u. Unterricht	Gesund-heits- u. Sozial-wesen	Gesund-heits-wesen	Kunst, Unter-haltung u. Erholung	Er-bringung von sonstigen Dienst-leistungen
2000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,3	-	-	-	-	-
2001	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,8	-	-	-	-	-
2002	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,3	-	-	-	-	-
2003	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,7	-	-	-	-	-
2004	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,2	-	-	-	-	-
2005	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,5	-	-	-	-	-
2006	0,3	1,2	0,8	0,4	1,0	0,9	2,2	0,1	1,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
2007	2,8	1,5	0,8	1,1	2,6	2,9	2,7	0,3	2,4	0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
2008	2,3	2,9	2,8	4,1	1,3	0,7	1,9	3,2	3,2	4,8	5,4	4,7	4,0	4,4	5,8	4,8
2009	2,2	2,2	2,6	2,6	1,0	0,5	2,4	0,2	2,6	3,0	2,9	2,8	3,1	3,1	2,8	2,7
2010	2,5	1,4	1,4	1,5	2,5	2,8	2,1	3,9	1,8	1,3	1,7	1,2	0,9	1,0	1,3	1,4
2011	1,7	1,5	3,0	1,7	3,4	4,5	2,1	0,8	1,8	1,0	1,0	1,2	1,0	1,0	1,0	1,1
2012	2,2	1,8	1,5	3,1	2,1	1,9	3,0	1,7	2,9	3,1	3,3	2,6	3,1	3,2	2,8	2,9
2013	2,2	2,7	3,3	2,6	1,5	1,3	2,2	1,4	2,8	2,4	2,4	2,1	2,9	2,8	2,4	2,7

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333